



# Aktuelle Informationen aus dem Parlament

## Sitzungen des NR am 16.5. und 17.5.2018

### 23. Sitzung des NR am 16.05.2018

Eine Aktuelle Europastunde stand am Beginn der Tagesordnung. Das geplante Handelsabkommen CETA wurde heftig debattiert – die Regierung begeht Verrat an WählerInnen und am Rechtsstaat.

### "Ein Europa für die Menschen und nicht für die Konzerne, Herr Bundeskanzler!"

Diesen Aufruf wählte die SPÖ als Titel der Aktuellen Europastunde. Dabei kam abermals Kritik an der Abwesenheit des Bundeskanzlers, der "in der Früh noch Zeit genug hatte, um im Ministerrat CETA durchzupeitschen"). Diese Entscheidung ist ein Verrat an den WählerInnen sowie am demokratischen Rechtsstaat, weil dadurch weltweit agierende Unternehmen die nationale Gesetzgebung beeinflussen und durch internationale Schiedsgerichte unterlaufen können.

### Presseinfo 18.5.2018:

### CETA, MERCOSUR – NICHT MIT MEINER STIMME!

**Die SPÖ ist und war nie grundsätzlich gegen Freihandel. Handelspolitik ist eine der wichtigsten Maßnahmen, um Wohlstand auf der Welt gerecht zu verteilen. NEIN sagen wir zu einer Handelspolitik, die zu Lasten der KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen und des Rechtsstaates geht.**

Türkis/Blau möchte nun genau das machen und die CETA-Schiedsgerichte (ICS) beschließen. Am Mittwoch dieser Woche wurde der Beitritt zum CETA-Abkommen im Ministerrat einstimmig beschlossen. In einer weiteren Husch-Pfusch-Aktion soll der Beschluss im Parlament ebenfalls noch vor dem Sommer durchgepeitscht werden und so auch Klagen internationaler Konzerne gegen die Republik ermöglicht werden. Dadurch sind unsere Umwelt- und Arbeitsschutzstandards gefährdet und unsere KMUs einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt.

Wenn MERCOSUR und die drohende Einfuhr von "Billigfleisch aus Brasilien" im geplanten Umfang in die österreichische Wirtschaft tatsächlich kommt, dann wird die Rinderwirtschaft

dramatische Einbrüche erleben und auch eine Gefährdung vieler landwirtschaftlicher Betriebe im Burgenland darstellen. MERCOSUR öffnet „Gammelfleisch zu Dumpingpreisen“ Tür und Tor und stellt damit auch eine Gesundheitsgefährdung dar.

Die Produktion des Lebensmittel Fleisch hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Umwelt. Der Einsatz GVO-freier Futtermittel, artgerechte Tierhaltung, kurze Transportwege von Tieren und Fleisch sind nun mal Qualitätskriterien der heimischen Fleischproduktion, Argumente für die KonsumentInnen und Faktoren, um unsere Gesundheit, unsere Umwelt und unser Klima wirksam zu schützen.

Bereits voriges Jahr habe ich persönlich gegen CETA, TTIP und TiSA unterschrieben. 30.346 Menschen im Burgenland haben das ebenso getan. In Österreich sind es insgesamt 562.000 Menschen, die die Gefahr dieser Abkommen erkannt und dagegen unterschrieben haben. Inhaltlich hat sich bis dato nichts geändert. Diese Stimmen der ÖsterreicherInnen werde ich sicher nicht im Papierkorb entsorgen, um der Profitgier der VP Vorschub zu leisten, wie es die FP mit ihrer Kehrtwende und Verrat an den Wählern getan hat!

Für mich steht fest, dass es mit CETA keine Schiedsgerichte geben darf, die es Konzernen ermöglichen, den Staat Österreich zu verklagen und damit nationales und europäisches Recht auszuhöhlen. Ich bringe eine Petition im Nationalrat mit der Forderung ein, eine verbindliche Volksabstimmung über CETA abzuhalten oder die Ratifikation zumindest so lange auf Eis zu legen, bis Konzerne auf Grundlage von CETA die Republik Österreich nicht mehr klagen können.

**KRONEN ZEITUNG, 19.5.2018**

## **„Nicht mit meiner Stimme“**

**Scharfe Kritik an der Bundesregierung übt SP-Nationalrat Erwin Preiner: „Nach dem Beschluss des Beitritts zum CETA-Abkommen im Ministerrat will Türkis-Blau jenen im Parlament noch vor dem Sommer durchboxen. Mit mir sicher nicht!“ Der Mandatar sieht durch derartige Vereinbarungen die heimischen Umwelt-, Lebensmittel- und Arbeitsschutzstandards massiv gefährdet.**

## Pressekonferenz 18.5.2018



„Striktes NEIN zu CETA in der derzeitigen Fassung und ebenso striktes NEIN zu MERCOSUR zum Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe, Direktvermarkter und zum Schutz unserer hohen Lebensmittelstandards“, dafür sprechen sich PREINER und BRANDSTÄTTER nachhaltig aus.

Nachdem vom Ministerrat der Weg für eine Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) durch das Parlament geebnet wurde, hat die **SPÖ einen Dringlichen Antrag** gegen die Zustimmung Österreichs für das Abkommen in der jetzigen Form eingebracht.

Sie stellt sich gegen die geplante Investitionsschutzgerichtsbarkeit und fordert von der Regierung, die Ratifikation so lange auf Eis zu legen, bis die Sonderklagsrechte von Konzernen im Abkommen gestrichen bzw. nachverhandelt sind. Alternativ kann sie sich eine Volksabstimmung vorstellen.

Der Dringliche Antrag fand allerdings keine Mehrheit.

**Berichte des Rechnungshofs standen unter TOP 4-32 auf der Tagesordnung des Nationalrats am 16.5.2018** – die Bandbreite der Themen in der Debatte reichte von Erstversorgungszentren über Lehrerfortbildung bis hin zum 21er Haus und zur Flugshow AirPower. Die Abgeordneten nahmen die Berichte einhellig zur Kenntnis.

**Ich bezog mich in meiner Rede auf den RH-Bericht zur Erstellung des Grünen Berichts 2010-2014 für die Landwirtschaft.**

## Rede im Wortlaut: 16.5.2018

### 23. Nationalratssitzung der XXVI. GP

Top 8: Prüfberichte des Rechnungshofes



**Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Präsidentin des Rechnungshofes! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich beziehe mich in meinen Ausführungen auf den Rechnungshofbericht zur Erstellung des Grünen Berichts für den Berichtszeitraum 2010 bis 2014. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Landwirten, die ihre Buchführungsunterlagen diesbezüglich zur Verfügung gestellt haben, bei den Beamten des Ministeriums und vor allem bei den Beamten des Rechnungshofes für den fundierten Bericht. Viel mehr Positives ist leider nicht zu sagen. Der Rechnungshof hat 21 Empfehlungen an das Ministerium gerichtet – ich denke, bis dato ist kaum eine einzige davon umgesetzt.

Ich möchte mich nun auf einige wesentliche Bereiche des Rechnungshofberichts beziehen: Die Erstellung des Grünen Berichts kostete für den Berichtszeitraum 2010 bis 2014 circa 12,5 Millionen Euro. Des Weiteren ist seit dem Jahr 2010 nur eine eingeschränkte Betriebspalette für die Erstellung des Grünen Berichts herangezogen worden, nämlich die Betriebe mit einem Umsatz von 8 000 bis 350 000 Euro, das heißt, circa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Das heißt aber zugleich auch, dass wir keinen hundertprozentigen Überblick über die Entwicklung, auch über die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in Österreich haben.

Dies auch deshalb nicht, weil die Methodik und die Datenerfassung durch das Ministerium und durch die LBG nicht der Methodik und Datenerfassung der übrigen EU-Länder gleicht. Das heißt, die Zahlen, Daten und Fakten sind nicht eins zu eins mit den entsprechenden Statistiken der übrigen EU-Staaten vergleichbar.

Auch durch zu viele Zuständigkeiten kam es zu einer starken Kostenerhöhung bei der Erstellung des Grünen Berichts.

Der Rechnungshof hat aber auch klar die Vergabe- und Ausschreibep Praxis durch das Landwirtschaftsministerium kritisiert. Es kam zwar zu einer EU-weiten Ausschreibung, aber zu keinem Wettbewerb. Dies auch deshalb, weil vom Ministerium zu spät ausgeschrieben wurde und sich daher keine Mitbewerber an der Ausschreibung beteiligten.

Ich erlaube mir, einen Teil des RH-Berichtes wörtlich wiederzugeben: „Das Ministerium erzielte trotz der EU-weit ausgeschriebenen Vergaben der Buchführungsarbeiten keinen Wettbewerb, da stets immer nur ein und dasselbe Wirtschaftstreuhandunternehmen, nämlich die LBG, als einziger zugelassener Bieter bei den Vergabeverfahren zum Zuge kam und diesen (oder einen ähnlichen Auftrag) bereits seit mehr als – das ist kein Freud'scher Versprecher – 55 Jahren erhielt.“

Es stellt sich natürlich die Frage, ob diese Vergabep Praxis überhaupt noch gesetzeskonform ist. – Ich denke nicht; diese Vergabep Praxis gleicht im Prinzip einem Staat im Staat.

Der Rechnungshof hat auch festgestellt, dass Protokolle der Angebotsöffnung und der Prüfung des Angebots fehlen, einfach nicht vorhanden sind.

Des Weiteren kritisiert der Rechnungshof sehr stark, dass das Ministerium an die LBG Zusatzleistungen vergab, die keine gesetzliche Grundlage haben, beziehungsweise hat die LBG sogar Prämien an Betriebe ausbezahlt, wofür es auch keine gesetzliche Grundlage gibt.

Eines noch zum Schluss: Die Erstellung des Berichts für einen Betrieb kostet pro Jahr in Österreich circa 1 300 Euro. Zwei vergleichbare Zahlen dazu: In Schweden kostet dies zwischen 200 und 300 Euro, in Deutschland 326 Euro. Also auch da gibt es einen sehr eklatanten Unterschied der Kosten im internationalen Vergleich.

Wir wissen, wer die politische Verantwortung trägt: Seit über drei Jahrzehnten besetzt die ÖVP das Landwirtschaftsministerium. Ich denke, hier kommt es zu einer Vergeudung von Steuergeldern und es ist höchste Zeit, dass die sauren Sümpfe und Wiesen trockengelegt werden. Ich fordere daher in Zukunft mehr Transparenz und dass sich die Ministerien an die bestehenden Gesetze und Regulative halten.

Zum Schluss stelle ich das Ersuchen, die Forderung an Sie, Frau Rechnungshofpräsidentin, eine Follow-up-Überprüfung zu dem vorgelegten Bericht durchzuführen. Ich hoffe, dass wir in einer der nächsten Sitzungen auch noch darüber debattieren können. – Danke schön.  
*(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Plessl: Sehr gut!)*

## TAGESORDNUNG – 16.5.2018

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/NRSITZ/NRSITZ\\_00023/TO\\_03758572.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/NRSITZ/NRSITZ_00023/TO_03758572.pdf)

1.) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (108 d.B.). Insgesamt wurden in diesem Bericht 100 Bundesgesetze mit Zustimmung von VP/FP geändert. (2. Materien-Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018) (139 d.B.)	Nachdem das Parlament bereits zwei Sammelnovellen zur Anpassung einer Reihe von Materiengesetzen an die neuen EU-Vorgaben in Sachen Datenschutz beschlossen hat, passierte mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ ein drittes Paket mit 100 Gesetzesnovellen den Nationalrat. Diesmal geht es vorrangig um die Bereiche Gesundheit, Finanzen und Verkehr, zudem werden einige Gesetze aus dem Zuständigkeitsbereich des Außenministeriums und des Sportministeriums adaptiert.  Dafür: V, F, dagegen: S, P, N
--	--

<p>2.) Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Gründung einer Bundespensionskasse AG geändert wird (140 d.B.)</p>	<p>Die Bundesregierung hat in ihrer Vorlage ein weiteres Gesetz betreffend die Anpassung an die DSGVO übersehen, weshalb ein § 27 GOG-Antrag notwendig wurde.</p> <p>Dafür: V, F, N, dagegen: S, P</p>
<p>3.) Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (106 und zu 106 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz und das Investmentfondsgesetz 2011 geändert werden (136 d.B.)</p>	<p>Kreditinstitute werden Compliance-Prozesse einführen müssen, größere KI („von erheblicher Bedeutung“) brauchen dafür einen eigenen Leiter (§ 39). Bei Kreditinstituten von erheblicher Bedeutung werden für den Leiter der Compliance-Funktion, Interne Revision, Risikomanagement und Geldwäschebeauftragten spezifische Vorgaben für deren fachliche Eignung vorgesehen (§§ 3, 39, 42, 73, 73a, 98), die Eignungsprüfung wird durch die Aufsichtsbehörde vorgenommen. Die Compliance-Funktion ist grundsätzlich so einzurichten, dass ein direkter Zugang zur Geschäftsleitung besteht (§ 39 Abs. 6 Z. 2). Investmentfondsgesellschaften werden von diesen Compliance-Bestimmungen ausgenommen (Art. 2 Änderungen InvFG).</p> <p>Dafür: V, F, N, dagegen: S, P</p>

4.) – 32.) 29 Berichte des Rechnungshof-Ausschusses wurden debattiert und einstimmig zur Kenntnis genommen -> siehe Bereich Rede [Seite 3](#)

33.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung geändert wird (183/A)

34.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Alois Stöger, diplômé, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (214/A)

- 35.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommenstransparenzgesetz geschaffen wird (226/A)
- 36.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1992 - NRW) geändert wird (173/A)
- 37.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Universitätsgesetz 2002 geändert wird (109/A)

Im Anschluss an diese Sitzung fand eine weitere Sitzung (24. NR-Sitzung - Zuordnungssitzung statt)

## **25. Sitzung des NR am 17.05.2018**

Mit einer an den für EU, Kunst, Kultur und Medien zuständigen Minister Gernot Blümel gerichteten Fragestunde startete die Plenarsitzung. Angesichts der umfassenden Agenden des Ressorts wurde ein breites Spektrum an Themen angesprochen, das von den Brexit-Verhandlungen bis hin zum sozialversicherungsrechtlichen Status der Zeitungszusteller reichte. Erneut diskutiert wurde auch über den österreichischen Beitrag zum EU-Budget, der nach Auskunft von Blümel weiterhin maximal 1% des Bruttonationaleinkommens betragen soll.

**Sprachförderung in Schulen:** SchülerInnen mit Deutschförderbedarf werden ab dem kommenden Schuljahr in eigenen Klassen unterrichtet. Die SPÖ **befürchtet hier eine Ausgrenzung von SchülerInnen und** begründete ihre Ablehnung des Schulrechtspakets mit der aus ihrer Sicht unwissenschaftlichen und unausgegorenen Gestaltung des Gesetzesvorschlags.

Die **Bekämpfung von Sozialbetrug, Lohndumping und Schwarzarbeit** stand im Mittelpunkt einer von der SPÖ beantragten Kurzdebatte. In einer Anfrage an Sozialministerin Beate Hartinger-Klein ([353/J](#)) hatte die SPÖ die Arbeit der Finanzpolizei auch im Zusammenhang mit der Sicherstellung fairer Lohn- und Arbeitsbedingungen thematisiert und dabei auch Kritik an der ihrer Meinung nach unzureichenden personellen Ausstattung geübt. In der Anfragebeantwortung durch die Ressortleiterin ([342/AB](#)) vermisst die SPÖ exakte Angaben über den nunmehr verpflichtenden Kontrollplan der Finanzpolizei und warf der Ministerin vor, nichts gegen Lohn- und Sozialdumping zu unternehmen.

**TAGESORDNUNG – 17.5.2018**

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/NRSITZ/NRSITZ\\_00025/TO\\_03758573.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/NRSITZ/NRSITZ_00025/TO_03758573.pdf)

<p>1.) Bericht des Kulturausschusses über den Antrag 219/A(E) der Abgeordneten Maria Großbauer, Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bundesmuseen, Österreichische Nationalbibliothek und Bundestheater: Kunst- und Kulturvermittlung an Kinder und Jugendliche (116 d.B.)</p>	<p>Dieser Antrag betrifft die Errichtung einer Online-Plattform, auf der alle Vermittlungsangebote der Bundesmuseen, ÖNB und Bundestheater gesammelt zu finden sind. Dazu ist anzumerken, dass ein derartiges Angebot bereits existiert. Zahlreiche Homepages (zum Beispiel: <a href="http://www.mamilade.at">www.mamilade.at</a>; <a href="http://www.wienextra.at">www.wienextra.at</a>; <a href="http://www.falter.at/events/wien/kinder-jugend">www.falter.at/events/wien/kinder-jugend</a>; <a href="http://www.sunny.at">www.sunny.at</a>; <a href="http://www.events.at/c/wien/alles/event-fuer-kinder">www.events.at/c/wien/alles/event-fuer-kinder</a>; <a href="https://events.wien.info/de/">https://events.wien.info/de/</a>) informieren über das breite Vermittlungsangebot für Kinder und Jugendliche, gehen weit über die Bundesmuseen und Bundestheater hinaus und umfassen ein viel größeres Angebot. Die zusätzliche Errichtung einer Homepage aus Steuergeldern ist daher nicht sinnvoll.</p> <p>Dafür: V, F, dagegen: S, N, P</p>
<p>2.) Bericht des Kulturausschusses über den Antrag 221/A(E) der Abgeordneten Maria Großbauer, Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Impulse im Bereich der musischen Bildung und des Musikunterrichts (119 d.B.)</p>	<p>In diesem Antrag wird von den Regierungsparteien gefordert, gemeinsam mit den Bundesländern „Möglichkeiten für Impulse in der musischen Ausbildung bzw. des Musikunterrichts auszuloten.“ Diesem Anliegen ist prinzipiell zuzustimmen. Bereits in der Vergangenheit gab es beispielsweise Initiativen, um die Zusammenarbeit von Schulen und Musikschulen zu erleichtern.</p> <p>Dafür: V, S, F, N, P</p>
<p>3.) Bericht des Kulturausschusses über den Antrag 220/A(E) der Abgeordneten Maria Großbauer, Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Förderung österreichischer Kunst und Kultur - Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie (117 d.B.)</p>	<p>Dieser Antrag der Regierungsfractionen sieht die Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie mit strategischen Schwerpunkten für das Kulturland Österreich und die Entwicklung von Benchmarks vor. Leider bleiben die Regierungsfractionen Details dieser Strategie schuldig. Unklar ist vor allem, welche Benchmarks hier wie zum Einsatz</p>



	<p>kommen sollen. Mit den richtigen Inhalten gefüllt, kann eine Strategie jedoch auch positive Effekte haben.</p> <p>Dafür: V, S, F, N, dagegen: P</p>
<p>4.) Bericht des Kulturausschusses über den Antrag 92/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Baukulturelle Leitlinien des Bundes und Baukulturreport (118 d.B.)</p>	<p>Dieser Antrag fordert die breite Bekanntmachung des dritten Baukulturreports sowie einen Umsetzungsplan zu den baukulturellen Leitlinien. Der Baukulturreport, der auf eine EntschlieÙung des Nationalrates zurückgeht, und der 2008 im BKA installierte Baukulturbeirat gehen auf eine Initiative der SPÖ zurück. Die baukulturellen Leitlinien wurden 2017 im Ministerrat beschlossen.</p> <p>Dafür: V, F, dagegen: S, N, P</p>
<p>5.) Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (107 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulunterrichtsgesetz und das Schulpflichtgesetz 1985 geändert werden (120 d.B.)</p>	<p>1. Vor allem SchuldirektorInnen stört die mit dem Entwurf verbundene verpflichtende Einrichtung von <u>Deutschförderklassen</u> am Standort. Dies konterkariert den gerade erst vollzogenen Ausbau der Schulautonomie (Bildungsreform-Paket 2017). Eine autonome Schule weiß am besten, in welcher Form die Deutschförderung für ihre SchülerInnen organisiert werden soll (integrativ, teilweise integrativ oder Deutschförderklasse). Kosten und Räume: Länder, Städte und Gemeinden als Schulerhalter glauben nicht die im Gesetzesentwurf getroffene Feststellung, dass die Deutschklassen keine zusätzlichen Kosten verursachen würden. Vor allem in den Städten werden außerdem durch die zusätzlichen Klassen Platzprobleme befürchtet. Im Rahmen des Hearings im Unterrichtsausschuss am 08.05.2018 wurden diese Kritikpunkte von den ExpertInnen der Oppositionsfractionen wiederholt und bekräftigt. BM Faßmann sowie ÖVP und FPÖ ignorierten die Einwände.</p>

	<p><u>2. Ahndung von Schulpflichtverletzungen:</u> Neue Regelung: Eine Schulpflichtverletzung muss nach drei (aufeinander folgenden oder nicht aufeinander folgenden) Unterrichtstagen erfolgen, an denen die insgesamt 9-jährige Schulpflicht durch Fernbleiben vom Unterricht verletzt wird. Die Anzeige erfolgt bei der Bezirksverwaltungsbehörde. Die Geldstrafe beträgt mindestens 110 bis zu 440 € (eine Verdoppelung der bisherigen Regelung). Im Fall der Uneinbringlichkeit wird eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu zwei Wochen verhängt. Kritik: Wichtiger als Strafen verbunden mit einem enormen Verwaltungsaufwand wären Präventivmaßnahmen und der ausreichende Einsatz von Schulpsychologen und Sozialarbeitern, etc.</p> <p><u>3. Erweiterung der Übergangsfristen für die Umstellung auf die Neue Oberstufe, Evaluierung der Neuregelung:</u> Die Schulen haben die Möglichkeit die Neue Oberstufe bis 01.09.2021 aufzuschieben. Die SPÖ kritisiert die neuerliche Verschiebung der Oberstufenreform und den enormen Verwaltungsaufwand.</p> <p>Dafür: V, F, dagegen: S, N, P</p>
<p>6.) Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 209/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Rudolf Taschner, Mag. Dr. Sonja Hammerschmid, Wendelin Mölzer, Mag. Dr. Matthias Strolz, Stephanie Cox, BA, Kolleginnen und Kollegen betr. 360°-Feedbacksystem an Schulen (121 d.B.)</p>	<p>Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, ehest möglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, um nationale und internationale Beispiele von Feedbacksystemen an Schulen systematisch zu sichten und auf ihre generelle Anwendbarkeit im österreichischen Schulsystem hin zu prüfen. Auf Basis dieser Ergebnisse soll nach Vorberatung mit den Schulpartnern flächendeckend ein anonymisiertes 360°-Feedback in Österreich eingeführt werden.</p> <p>Dafür: V, S, F, N, P</p>

<p>7.) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 186/A(E) der Abgeordneten Josef A. Riemer, Dr. Reinhold Lopatka, Kolleginnen und Kollegen betreffend Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien (141 d.B.)</p>	<p>Die SPÖ setzt sich – wie die übrigen Parteien - für die Achtung der Rechte von ethnischen Minderheiten ein. Der von ÖVP und FPÖ eingebrachte Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung, insbesondere die Außenministerin auf, die Republik Slowenien zur offiziellen Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe zu bewegen.</p> <p>Dafür: V, S, F, N, P</p>
<p>8.) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 129/A(E) der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen betreffend Europabildung in Schulen stärken (142 d.B.)</p>	<p>Der Entschließungsantrag thematisiert die Europabildung in den Schulen und will diese gestärkt wissen. Kein Schulbuch ist so lehrreich, wie die persönliche Erfahrung. In Form einer Exkursion nach Brüssel können Schülerinnen und Schüler einen Eindruck von der Europäischen Union und der Arbeit der EU-Institutionen gewinnen, der im Klassenzimmer nicht annähernd so vermittelt werden kann.</p> <p>Konkret wird die Bundesregierung aufgefordert ein Förderprogramm einzurichten, das Schulklassen dabei unterstützt, die EU-Institutionen in Brüssel zu besuchen, und die bestehenden Förderangebote der Europäischen Union im Bildungsbereich (insbesondere Erasmus+) zu stärken, indem für eine deutliche Erhöhung der dafür vorgesehenen Mittel eingetreten wird. Weiters sollen auch die für die nationale Kofinanzierung vorgesehenen Mittel erhöht werden.</p> <p>Zuweisung an den <a href="#">Unterrichtsausschuss</a> Dafür: V, S, F, N, P</p>

<p>9.) Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 217/A(E) der Abgeordneten Mag. Carmen Jeitler-Cincelli, BA, Carmen Schimanek, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausbau von 100 Betreuungsplätzen für von Gewalt betroffene Frauen (115 d.B.)</p>	<p>Die Parlamentsfraktionen von ÖVP und FPÖ ersuchen die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend 100 Betreuungsplätze für von Gewalt betroffene Frauen zu schaffen und im Rahmen der Möglichkeiten den Opferschutz bedarfsorientiert auszubauen. Die SPÖ befürwortet ebenso wie alle anderen Oppositionsparteien den Ausbau, übt jedoch Kritik sowohl am Zeitrahmen (bis 2022) – als auch an der fehlenden budgetären Vorsorge und Konkretisierung. Auch die angekündigte Bedarfserhebung lässt zum aktuellen Zeitpunkt an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens zweifeln.</p> <p>Hauptantrag: V,S, F, N,P</p> <p>Abänderungsantrag der SPÖ <b>abgelehnt</b> Dafür: S, N, P, dagegen: V, F</p>
--	---

Im Anschluss an diese Sitzung fand eine weitere Sitzung (26. NR-Sitzung - Zuordnungssitzung statt)

## **PRESSEMELDUNGEN**

### [Preiner: CETA, Mercosur - Gefahr für Leib, Leben und den Rechtsstaat](#)

18.05.2018

### [Nationalrat nimmt zahlreiche Berichte des Rechnungshofs einhellig zur Kenntnis](#)

16.05.2018

### [Preiner: ÖVP-Landwirtschaftspolitik in Zahlen - 25.000 Betriebe mussten seit 2007 zusperren](#)

SPÖ-Landwirtschaftssprecher Erwin Preiner spricht sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Landwirtschaftspolitik aus.

07.05.2018

### [Preiner: Freiland-Verbot der neonicotinoidhaltigen Chemikalien Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam auf EU-Ebene beschlossen](#)

Erster wichtiger Schritt für eine bienenfreundliche Landwirtschaft

27.04.2018

---

## PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN

### ANFRAGE

**der Abgeordneten Erwin Preiner**

**Genossinnen und Genossen**

an die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus

**betreffend Pflanzenschutzmittel mit dem für weitere fünf Jahre zugelassenen Wirkstoff Glyphosat**

Aufgrund der weiteren Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat für fünf Jahre, mussten für Pflanzenschutzmittel; die den Wirkstoff Glyphosat beinhalten (sollen), Anträge gestellt werden, damit diese weiterhin in Verkehr gebracht bzw. verwendet werden dürfen.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J\\_00851/imfname\\_694227.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_00851/imfname_694227.pdf)

### ANFRAGE

**des Abgeordneten Erwin Preiner**

**und Genossinnen und Genossen**

an die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

**betreffend Breitspureisenbahnverlängerung von Košice (SK) in den Raum Wien**

Medienberichten ist zu entnehmen, dass gegenwärtig die Basis und der Rahmen zur Realisierung der Verlängerung des transsibirischen Breitspur-Korridors (1520 mm Spurweite) aus der Ostslowakei in den Raum Wien und der Zusammenschluss mit den transeuropäischen Verkehrsachsen (1435 mm Spurweite) geschaffen werden soll.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J\\_00738/fname\\_690956.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_00738/fname_690956.pdf)